



Protokoll der 28. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum: 23. August 2022
Ort: Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit: 10.00 bis 13.30 Uhr

Aktenzeichen: 924-3720/3/2

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergut- machungsinitiative, Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Stv. Kommissionssekretär
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Kommissionssekretariat



1 Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 17. Mai 2022 wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt (ein ergänzender Versand erfolgte vor einer Woche). Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Zum Traktandum Mitteilungen führt der Präsident zunächst aus, dass am 24. Juni 2022 an der Universität Fribourg die **Tagung "Rechtlosigkeit im Rechtsstaat" stattgefunden habe**. Inhalt der Veranstaltung sei eine Auseinandersetzung mit den Untersuchungsergebnissen der "UEK Administrative Versorgungen".

Weiter habe am 30. Juni 2022 eine **Tagung in Berlin** stattgefunden, welche durch die deutsche unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs organisiert worden sei. Die Kommission strebt eine gesetzliche Regelung zur Sicherung des Zugangs bzw. zur Sicherung der Aktenbestände in Deutschland an, welche sich an der gesetzlichen Regelung und Praxis in der Schweiz inspirieren könnte. Sowohl der Präsident als auch das Kommissionsmitglied Barbara Studer haben an der Tagung teilgenommen und die Schweizer Regelung präsentiert. Diese sei auf grosses Interesse gestossen.

Der Präsident informiert zudem über den aktuellen Stand der Arbeiten im NFP 76. Jetzt sei man in der Phase, in der die einzelnen Projekte beendet würden. Gleichzeitig würden die Vorbereitungen für die Synthese-Berichte laufen (3 thematische Synthesen zu Teilbereichen und am Ende eine Gesamtsynthese sind zur Publikation vorgesehen). Man werde in der Kommission in Zukunft nicht auf einzelne Projekte eingehen, aber eine Auseinandersetzung mit den Syntheseberichten könne zu gegebener Zeit sicherlich im Rahmen der beratenden Kommission erfolgen.

Reto Brand erwähnt, dass in der Zeit vor und nach Aufhebung der Einreichfrist (Zeitraum Nov. 2020 bis Mai 2021) eine relativ hohe **Anzahl von Gesuchen** eingingen. Anders als vielleicht zu erwarten gewesen wäre, habe seither die Anzahl der monatlich eingehenden Gesuche nicht kontinuierlich abgenommen. Seit Juni 2021 könne vielmehr mit weiterhin durchschnittlich 37 Gesuchen pro Monat eine gewisse «Normalisierung» beobachtet werden (wobei gerade die Monate Mai bis Juli 2022 mit 47 bzw. 46 und 50 Gesuchen wieder überdurchschnittlich ausgefallen seien). Gestützt auf das revidierte AFZFG seien bisher rund 1640 Gesuche eingegangen; seit Einführung des AFZFG im Jahr 2017 ergebe dies total somit rund 10'600 Gesuche.

Im Nachgang zur letzter Sitzung vom 17. Mai 2022 informiert Reto Brand, dass das BJ gegen ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. März 2022 (betr. eine Zwangsadoption)¹ in der Zwischenzeit **Beschwerde beim Bundesgericht** erhoben habe. Es stelle sich bei diesem Urteil eine Grundsatzfrage.

Reto Brand informiert über ein weiteres Urteil des **Bundesverwaltungsgerichts vom 26. Juli 2022**², mit dem die gegen den Einspracheentscheid des BJ erhobene Beschwerde abgewiesen worden ist. Das Bundesverwaltungsgericht habe festgehalten, dass sich der zeitliche Anwendungsbereich des AFZFG aus Art. 1 Abs. 1 und 2 AFZFG ergebe. Demnach würden Massnahmen, die nach dem 31. Dezember 1980 angeordnet wurden, nicht unter das Gesetz

¹ Urteil des Bundesverwaltungsgerichts B-6185/2020 vom 30. März 2022 (siehe www.bvger.ch > Entscheiddatenbank > Suchbegriff B-6185/2020).

² Urteil des Bundesverwaltungsgerichts B-2763/2021 vom 26. Juli 2022 (siehe www.bvger.ch > Entscheiddatenbank > Suchbegriff B-2763/2021).

fallen. Das Gesetz sehe diesbezüglich keine Ausnahmeregelungen vor und auch die rechtsanwendende Behörde habe keinen Ermessensspielraum, um von dieser Regelung abzuweichen. Entsprechend falle in der zu beurteilenden Konstellation nur die Platzierung bei der Pflegefamilie, welche von der zuständigen Behörde im Okt. 1980 angeordnet worden sei, in den zeitlichen Geltungsbereich des AFZFG, spätere Platzierungen ab 1982 hingegen nicht mehr. In Bezug auf die relevante spätere Platzierung (nach 1981) bei der Pflegefamilie würde jedoch die vom Gesetz verlangte Schwere der Integritätsverletzung nicht erreicht, weshalb die betroffene Person auch nicht als Opfer im Sinne des AFZFG anerkannt werden könne.

Reto Brand informiert im Weiteren, dass die Informationen auf der Website des Bundesamts für Justiz zum [Thema der Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 \(FSZM\)](#) relativ umfassend überarbeitet worden seien. Die bisherigen Inhalte seien aktualisiert und ergänzt worden. Neu zum Download auf der Website finde sich unter anderem ein [Flyer zum Solidaritätsbeitrag](#) (inkl. der Information, dass keine Frist zur Einreichung der Gesuche mehr bestehe) und eine Zusammenstellung der [Forschungsarbeiten zum Thema FSZM](#). Unter der neuen Rubrik "[politische Aufarbeitung](#)" sei zudem eine Chronologie zur Geschichte der Aufarbeitung der Thematik in der Schweiz, eine Übersicht über alle dazugehörigen parlamentarischen Vorstösse sowie eine Übersicht über die Zeichen der Erinnerung, welche von mehreren Kantonen realisiert oder zumindest geplant seien, aufgeschaltet.

Reto Brand kündigt zudem an, dass die beratende Kommission in ihrer neuen Form als ausserparlamentarische Kommission aufgrund eines entsprechenden Hinweises der Bundeskanzlei noch ein Organisationsreglement benötige. Ein erster Entwurf werde deshalb der beratenden Kommission voraussichtlich an der nächsten Sitzung unterbreitet. Simone Anrig weist im Weiteren darauf hin, dass bis spätestens im Frühjahr 2023 auch ein Tätigkeitsbericht über die Arbeit der beratenden Kommission erstellt werden sollte.

Urs Allemann-Caflisch informiert, dass das Sommerfest für Betroffene in Bern mit über 800 Teilnehmenden habe durchgeführt werden können. Ein Dank gehe an die Guido Fluri Stiftung, welche die Durchführung ermöglicht habe. Auch die Nationalratspräsidentin sei anwesend gewesen und habe über ihre Erfahrungen mit Betroffenen gesprochen. Es sei eine gute Gelegenheit gewesen, neue Kontakte zu knüpfen und es habe bei dieser Gelegenheit auch viele neue Anmeldungen für die Teilnahme am Erzählbistro gegeben. Theresa Rohr ergänzt, dass sich gerade auch nach dem Anlass eine grosse Solidarität unter den Betroffenen gezeigt habe, die sich weiterhin gegenseitig unterstützen würden. Gemäss Guido Fluri habe dieser Anlass einmal mehr gezeigt, wie wichtig die Wertschätzung sei und den Menschen einen Tag zu geben, der nur für sie bestimmt sei. Es gehe nicht immer nur ums Geld. Er danke allen, die an diesem Anlass mitgewirkt haben. Der Präsident schliesst sich diesem Dank an.

Urs Allemann-Caflisch weist im Weiteren darauf hin, dass das Erzählbistro am 6. September 2022 (9 Uhr) ins Kino Rex in Bern einlade, wo der Film "Der Verdinger" (Geschichte von Alfred Ryter) gezeigt werde.

2 Erläuterungen zu den Präzisierungen bei der Praxis der Gesuchprüfung

Der Fachbereich FSZM hat den Mitgliedern der beratenden Kommission vorgängig ein Diskussionspapier zur Praxis der Bearbeitung der Solidaritätsbeitragsgesuche zukommen lassen. Dabei gehe es insbesondere um Fragen betr. den Beizug von Archivakten, um den Stellenwert von persönlichen Schilderungen im Vergleich zu Informationen aus den Archivakten, um die Frage, welche Formen psychischer Gewalt für die Begründung der Opfereigenschaften berücksichtigt werden können (vgl. Art. 2 Bst. d Ziff. 1 AFZFG) sowie um die Anforderungen an die wirtschaftliche Ausbeutung durch übermässige Beanspruchung

der Arbeitskraft oder Fehlen einer angemessenen Entlohnung (vgl. Art. 2 Bst. d Ziff. 6 AFZFG).

Der Präsident weist darauf hin, dass der Fachbereich ständig bestrebt sei, seine bisherige Praxis zu reflektieren und in rechtskonformer Weise weiterzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund sei auch das entsprechende Papier entstanden. Verschiedentlich seien auch bereits gewisse Fragestellungen im Rahmen der Beratung von Fällen in der beratenden Kommission besprochen worden. Es sei gut, wenn eine solche allgemeine Aussprache und Reflexion über die Entwicklung der Praxis erfolge. Die im Papier aufgeführten Punkte würden aber nicht abstrakt bzw. losgelöst von konkreten Fällen besprochen werden, sondern gleich im Anschluss, d.h. beim nächsten Traktandum praxisnah anhand von einigen Fällen, welche für die heutige Sitzung traktandiert seien (vgl. Traktandum 3.2 und 3.3).

3 Diskussion von Einzelfalldossiers

3.1 Fall aus der letzten Sitzung

Anlässlich der letzten Sitzung verzichtete die beratende Kommission bei einem Fall auf die Abgabe einer Empfehlung und überliess den Entscheid dem Fachbereich FSZM. Reto Brand informiert, dass dieses Gesuch in der Zwischenzeit nun erneut geprüft und in Abwägung aller Elemente schliesslich gutgeheissen und der Solidaritätsbeitrag ausbezahlt wurde.

3.2 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

3.2.1 Der Präsident stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste Mai 2022 total 22 Fälle, mit der Monatsliste Juni 2022 total 40 und mit der Monatsliste Juli total 21 unterbreitet worden seien, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

Der Präsident hat bei der Monatsliste Mai 2022 ein paar Fälle stichprobeweise überprüft. Bei zwei vom Fachbereich zur Gutheissung vorgesehenen Fällen wünscht er noch eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung. Beide Fälle werden von der beratenden Kommission nach kurzer Diskussion gutgeheissen.

Urs Allemann-Cafilisch und Theresa Rohr haben sowohl in die Monatsliste Juni 2022 als auch in diejenige vom Juli 2022 Einsicht genommen. Die vorgenommenen Stichproben gaben kein Anlass zu Bemerkungen.

3.2.2 Im Mai und Juni 2022 seien den Kommissionsmitgliedern im Übrigen keine Fälle unterbreitet worden, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil die Gesuche offensichtlich unbegründet waren. Im Juli 2022 sei lediglich ein solcher Fall unterbreitet worden. Seitens der Kommissionsmitglieder seien diesbezüglich innert Frist keine Einwände eingegangen.

3.3 Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 15 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich in 3 Fällen eine Abweisung und in 12 Fällen eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission, 9 Gesuche gutzuheissen und 5 Gesuche abzuweisen. In einem Fall wird gewünscht, dass der Fachbereich nochmals

abkläre, ob bei einer Platzierung durch die Eltern in einem Internat eine fürsorgerische Zwangsmassnahme im Sinne des AFZFG vorliege.

3.4 Rückkommen auf Traktandum 2

Der Fachbereich wird gebeten, die Ergebnisse aus der heutigen Diskussion von Einzelfällen in Form von Leitsätzen für die Gesuchsprüfung zusammenzufassen. Diese sollen der beratenden Kommission anlässlich der nächsten Sitzung zur Stellungnahme unterbreitet werden.

4 Valorisierung der Forschungsergebnisse (Orientierung über aktuellen Stand)

Das vom Fachbereich erarbeitete Konzept samt den darin vorgeschlagenen Massnahmen zur Valorisierung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung hat seit der letzten Kommissionssitzung inzwischen auch die Zustimmung der Direktion des BJ und vor Kurzem auch die Zustimmung des Departementes gefunden. Die Massnahmen sind nicht zuletzt auch so ausgelegt, dass sie zu keinen Doppelspurigkeiten mit den Vermittlungsaktivitäten des aktuell immer noch laufenden Nationalen Forschungsprogramm 76 «Fürsorge und Zwang» führen werden. Wichtigste Zielgruppen sollen die interessierte Bevölkerung (Opfer und Betroffene inbegriffen) sowie die Schulen und die Personen und Behörden sein, die mit fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen nach heutigem Recht befasst sind bzw. in Zukunft sein werden.

Das BJ hat nun den Auftrag erhalten, eine mittlere Variante aus dem Konzept zu präzisieren, weitere Abklärungen zu treffen und dem Bundesrat bis Ende 2022 einen entsprechenden Antrag zum Entscheid zu unterbreiten.

Als erster Schritt zur Verbesserung der Information zum Thema hat der Fachbereich diesen Monat seine Website (<https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/fszm.html>) ergänzt bzw. aktualisiert. Sie enthält neu u.a. eine chronologische Übersicht über die politische Aufarbeitung der FSZM sowie eine Zusammenstellung der Forschungspublikationen sowie der parlamentarischen Vorstösse zum Thema.

5 Selbsthilfeprojekte (Orientierung über aktuellen Stand)

Seit der letzten Cocosol-Sitzung vom 17. Mai 2022 hat das BJ für folgende neue Selbsthilfeprojekte Finanzhilfen bewilligt:

Im Projekt *"Wir ehemaligen Heimkinder wollen unser Buch zurück - Gruebebuch"* soll ein neues Buch über das Knabenheim "Auf der Grube" (Köniz) entstehen, dessen Kern verschiedene Portraits von ehemaligen Bewohnern des Heims bilden. Das Projekt entstand auf Initiative von ehemaligen Heimkindern (Petition mit mehreren hundert Unterschriften) der "Grube", welche auch in der Projektleitung vertreten sind und das Projekt aktiv mitgestalten.

Im Projekt *"Begleitprogramm zur Ausstellung vom Glück vergessen"* soll ein durch Betroffene geprägtes Begleitprogramm für die Ausstellung "vom Glück vergessen" entstehen, welche die Thematik FSZM aufgreift und im Heimatmuseum Davos durchgeführt wird. Betroffene sollen, ergänzend zur Ausstellung, in sogenannten "Hengert" (thematischer Input mit anschliessender offener Diskussionsrunde) ihre konkreten Erfahrungen zu bestimmten Themen einbringen und sich an der Diskussion beteiligen können.

In den anderen laufenden Projekten herrscht courant normal.

Eine aktuelle Übersicht über alle vom BJ geförderten Selbsthilfeprojekte im Bereich FSZM (15 insgesamt / 7 bereits beendet) findet sich auf der erneuerten Website des BJ (<https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/fszm/foerdermassnahmen.html>).

6 Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission wird am 22. November 2022, voraussichtlich von 10 bis 14 Uhr, stattfinden. Über die Durchführungsart bzw. -ort werde kurzfristig entschieden.

Demnächst wird zudem bei den Mitgliedern der beratenden Kommission eine Doodle-Umfrage erfolgen, um wiederum vier Sitzungsdaten für das nächste Jahr festzulegen.

Der Dank des Präsidenten geht an alle Mitglieder der Kommission und die Mitarbeitenden des Fachbereichs FSZM für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung.

Die Sitzung wird um 13.30 Uhr geschlossen.



Procès-verbal de la 28^e réunion de la commission consultative (Cocosol)

Date :	23 août 2022
Lieu :	Office fédéral de la justice, Berne
Heure :	de 10h à 13h30

N° de dossier : 924-3720/3/2

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Travailleuse sociale au centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Christian Raetz	Ancien chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio :	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
	Yves Strub	OFJ / unité MCFA, secrétaire de commission suppléant
Procès-verbal :	Simone Anrig	OFJ / secrétaire de commission



1 Salutations et communications

Le président ouvre la séance à 10h et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative.

Le procès-verbal de la précédente séance en date du 17 mai 2022 a déjà été approuvé.

Les documents relatifs à la présente séance ont été envoyés aux membres de la commission il y a environ deux semaines (un envoi complémentaire a eu lieu il y a une semaine). Tout le monde les a visiblement reçus à temps.

Au titre des communications, le président indique que le **colloque « L'absence de droit dans l'État de droit » a eu lieu** le 24 juin 2022 à l'université de Fribourg. L'évènement était consacré aux résultats des recherches de la commission indépendante d'experts (CIE) internements administratifs.

Une **conférence** organisée par la commission indépendante d'experts allemande sur les abus sexuels commis sur des enfants a par ailleurs eu lieu le 30 juin 2022 à **Berlin**. Ladite commission souhaite élaborer une réglementation légale qui pourrait s'inspirer de la Suisse pour assurer la conservation des dossiers et permettre l'accès aux archives en Allemagne. Le président et Barbara Studer ont pris part à la conférence et présenté la réglementation suisse. Leur intervention a suscité un vif intérêt.

Le président revient sur l'état des travaux relatifs au Programme national de recherche « Assistance et coercition » (PNR 76). Les différents projets sont désormais en passe d'être achevés. Les travaux de préparation de la synthèse sont en cours (trois volumes consacrés chacun à un aspect précis et une synthèse d'ensemble seront publiés). À l'avenir, la commission ne traitera plus de projets individuels, mais il lui sera certainement possible d'aborder la synthèse en temps voulu.

Reto Brand mentionne que durant les périodes qui ont précédé et suivi la suppression du délai (entre novembre 2020 et mai 2021), un assez **grand nombre de demandes** ont été déposées. Contrairement à ce qu'on aurait pu attendre, leur nombre n'a pas diminué progressivement depuis. Au contraire, on observe une certaine « normalisation » depuis juin 2021 avec 37 demandes par mois en moyenne (notons toutefois que les mois de mai, juin et juillet 2022 ont même largement dépassé cette moyenne, avec respectivement 47, 46 et 50 demandes). Environ 1640 demandes ont été déposées depuis la révision de la LMCFA, pour un total d'environ 10 600 depuis son entrée en vigueur en 2017.

Reto Brand informe que l'OFJ a **formé un recours devant le Tribunal fédéral** contre un arrêt du Tribunal administratif fédéral (TAF) du 30 mars 2022 concernant une adoption forcée¹ et déjà mentionné lors de la dernière séance (17 mai 2022). Cet arrêt pose des questions de principe.

Reto Brand cite un autre **arrêt du TAF du 26 juillet 2022**² qui rejette le recours formé contre la décision sur opposition de l'OFJ. Le TAF a retenu que le champ d'application temporel de la LMCFA découle de son art. 1, al. 1 et 2. Par conséquent, les mesures ordonnées après le 31 décembre 1980 ne rentrent pas dans son champ d'application. De plus, la loi ne prévoit pas de dérogation et ne donne pas non plus aux autorités chargées de l'appliquer de marge de manœuvre pour s'en écarter. Par conséquent, seul le placement auprès de la famille d'accueil ordonné par l'autorité compétente en octobre 1980 entre dans le champ d'application temporel de la LMCFA, et non les placements ultérieurs à partir de 1982. En outre, l'autre placement en famille d'accueil étudié (après 1981) ne constitue pas une

¹ Arrêt du Tribunal administratif fédéral B-6185/2020 du 30 mars 2022 (voir www.bvger.ch > Jurisprudence > Base de données des arrêts du TAF > rechercher B-6185/2020).

² Arrêt du Tribunal administratif fédéral B-2763/2021 du 26 juillet 2022 (voir www.bvger.ch > Jurisprudence > Base de données des arrêts du TAF > rechercher B-2763/2021).

atteinte suffisamment grave à l'intégrité de la personne concernée pour lui reconnaître le statut de victime au sens de la LMCFA.

Reto Brand indique en outre que la section du site Internet de l'OFJ consacrée aux [mesures de coercition à des fins d'assistance et aux placements extrafamiliaux](#) a été revue en profondeur. Les informations ont été mises à jour et complétées. Un [flyer pour la contribution de solidarité](#) mentionnant le fait qu'il n'y a plus aucun délai pour soumettre une demande figure désormais sur le site, tout comme un aperçu des [travaux de recherche sur les MCFA](#). La nouvelle rubrique [Travail de mémoire politique](#) présente en outre la chronologie de ce travail en Suisse et une vue d'ensemble de toutes les interventions parlementaires pertinentes, ainsi que la liste des symboles commémoratifs réalisés ou du moins prévus par divers cantons.

Reto Brand ajoute que la commission consultative, qui prend désormais la forme d'une commission extraparlamentaire, a été informée par la Chancellerie fédérale qu'elle doit se doter d'un règlement d'organisation. Un premier projet devrait donc être soumis à la commission lors de sa prochaine séance. Simone Anrig précise également qu'un rapport sur les activités de la commission doit être rédigé au plus tard début 2023.

Urs Allemann-Cafilisch relève que la fête estivale a pu avoir lieu à Berne avec plus de 800 personnes concernées. Il remercie en particulier la Fondation Guido Fluri, qui a rendu l'évènement possible. La présidente du Conseil national était elle aussi de la fête et a échangé avec les personnes concernées. L'évènement a permis de nouer de nouveaux contacts et de recruter de nombreux participants aux Bistrots d'échange. Theresa Rohr ajoute que les personnes concernées ont également fait preuve d'une grande solidarité après la fête estivale : elles se soutiennent toujours mutuellement. D'après Guido Fluri, la fête a montré une fois de plus à quel point il est important de témoigner de l'estime et d'offrir aux personnes concernées une journée qui n'appartient qu'à elles : tout n'est pas une question d'argent. Il remercie tous ceux qui ont contribué à cet évènement. Le président témoigne également sa gratitude.

Urs Allemann-Cafilisch relaye enfin l'invitation au Bistrot d'échange du 6 septembre 2022 (9 h), au cinéma Rex à Berne, où sera projeté « Verdingen », un documentaire consacré à la vie d'Alfred Rytter.

2 Précisions sur la pratique en matière d'examen des demandes

L'unité MCFA a adressé préalablement aux membres de la commission une note de discussion sur la pratique en matière d'examen des demandes de contribution de solidarité. Les enjeux principaux sont l'utilisation d'archives, l'importance des exposés personnels par rapport aux informations tirées des archives et les formes de violence psychique qui peuvent établir le statut de victime (voir art. 2, let. d, ch. 1, LMCFA), ainsi que les éléments constitutifs de l'exploitation économique par la mise à contribution excessive de la force de travail ou l'absence de rémunération appropriée (voir art. 2, let. d, ch. 6, LMCFA).

Le président précise que l'unité s'efforce constamment de réfléchir à sa pratique et de la faire évoluer conformément au droit. C'est notamment dans ce contexte que la note évoquée a été rédigée. Certaines questions ont par ailleurs déjà été discutées par la commission durant l'étude des cas. Il jugerait bénéfique de réfléchir à l'évolution de la pratique de manière générale. Les questions mentionnées dans la note ne seraient toutefois pas abordées de manière abstraite ou déconnectée des situations concrètes, mais plutôt directement en lien avec certains cas abordés aujourd'hui, donc dans le prochain point de l'ordre du jour (voir ch. 3.2 et 3.3).

3 Discussion des dossiers individuels

3.1 Cas abordé lors de la précédente séance

Lors de la séance de mai, la commission a renoncé à émettre une recommandation sur un cas et s'en est remise à la décision de l'unité MCFA. Reto Brand indique que cette demande a entre-temps été réexaminée, que tous les éléments ont été pris en compte et qu'elle a finalement été approuvée. La contribution de solidarité a été versée.

3.2 Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)

3.2.1 Le président constate que les listes mensuelles de mai, juin et juillet 2022 comportaient respectivement 22, 40 et 21 demandes que l'unité MCFA envisageait d'approuver.

Le président a étudié quelques cas sélectionnés au hasard dans la liste de mai. Il souhaite évoquer encore aujourd'hui deux des cas que l'unité envisage d'approuver. Après une courte discussion, les deux cas sont approuvés par la commission.

Urs Allemann-Cafilisch et Theresa Rohr ont consulté les listes de juin et de juillet. Ils n'ont aucune remarque à formuler à cet égard.

3.2.2 En mai et en juin, l'unité MCFA n'a soumis aucun cas aux membres de la commission dans lequel elle projetait de rejeter une demande manifestement immotivée. En juillet, la liste ne contenait qu'un seul cas de ce type. Les membres de la commission n'ont rien objecté à la décision prévue dans les délais qui leur étaient impartis.

3.3 Nouveaux cas

L'unité MCFA a soumis quinze nouveaux cas à la commission pour la séance de ce jour, proposant d'en rejeter trois et de mener une discussion s'agissant des douze autres (cas limites). Après discussion approfondie de chaque cas, la commission recommande d'accepter neuf demandes et d'en rejeter cinq. Dans un cas, la commission souhaite que l'unité vérifie si un placement en internat par les parents constitue une mesure de coercition au sens de la LMCFA.

3.4 Retour au point 2 de l'ordre du jour

L'unité est priée de résumer les résultats des discussions du jour sur les cas individuels sous forme de principes directeurs pour l'examen des demandes. Ceux-ci seront soumis à la commission consultative pour avis lors de la prochaine séance.

4 Valorisation des résultats de la recherche (situation actuelle)

Le concept mis au point par l'unité et les mesures qu'il prévoit pour la valorisation des résultats de la recherche ont été approuvés par le directeur de l'OFJ et le Secrétariat général depuis la dernière séance. Il est à noter que les mesures sont conçues de manière à éviter les redondances avec les activités de transmission du PNR 76, encore d'actualité. Les principaux groupes cibles sont les citoyens intéressés (personnes concernées et victimes comprises), les écoles et les personnes ou autorités amenées à aborder les MCFA, que ce soit au titre du droit en vigueur ou du droit futur.

L'OFJ est désormais chargé de préciser une variante médiane tirée du concept, d'éclaircir d'autres points et de soumettre au Conseil fédéral une proposition pour décision d'ici la fin de l'année 2022.

Premier jalon dans l'amélioration de l'information en la matière, l'unité a complété et mis à jour son site Internet ce mois-ci (<https://www.bj.admin.ch/bj/fr/home/gesellschaft/fszm.html>). Entre autres ajouts, le site propose désormais un aperçu du travail de mémoire politique autour des MCFA et une vue d'ensemble des travaux de recherche et des interventions parlementaires en la matière.

5 Projets d'entraide (situation actuelle)

Depuis la dernière séance de la commission, l'OFJ a accordé une aide financière aux projets suivants.

Le projet « Wir ehemaligen Heimkinder wollen unser Buch zurück – Gruebebuch » devrait faire l'objet d'un nouveau livre sur le foyer pour garçons « Auf der Grube » (Köniz), au cœur duquel figureront divers portraits d'anciens pensionnaires. Ce projet est le résultat d'une initiative d'anciens enfants placés dans ce foyer (la pétition avait récolté plusieurs centaines de signatures), qui sont représentés au sein de la direction du projet et y contribuent activement.

Le projet « Begleitprogramm zur Ausstellung vom Glück vergessen » vise la mise en place d'un programme parallèle à l'exposition « Vom Glück vergessen », qui aborde les enjeux des MCFA au Heimatmuseum de Davos. Au-delà de l'exposition, des personnes concernées partageront leurs expériences sur certains sujets et prendront ensuite part à une table ronde.

Les autres projets suivent leur cours.

Un aperçu à jour de tous les projets d'entraide soutenus par l'OFJ (15 au total, dont 7 déjà achevés) figure désormais sur le site Internet (<https://www.bj.admin.ch/bj/fr/home/gesellschaft/fszm/foerdermassnahmen.html>).

6 Varia

La prochaine réunion de la commission consultative aura lieu le 17 mai 2022 de 10h à 14h. Les membres seront informés peu de temps auparavant des modalités de sa tenue (en présentiel ou non), et le cas échéant du lieu.

Un sondage Doodle sera adressé prochainement aux membres de la commission afin de fixer les dates des quatre séances de 2023.

Le président remercie tous les membres de la commission et les collaborateurs de l'unité MCFA pour leur participation active et leur collaboration constructive lors de la séance de ce jour.

La séance est levée à 13h30.